

Autor: Rasmus Buchsteiner
Seite: 5

Ressort: POLITIK
Ausgabe: Hauptausgabe

Mehr Geld für mehr Pflegestellen

Bundesgesundheitsminister Spahn legt Gesetzentwurf für mehr Personal in Heimen und Kliniken vor

Jens Spahn ist viel unterwegs in diesen Tagen. Vergangene Woche war der Bundesgesundheitsminister in Düsseldorf bei einer Demonstration von Pflegekräften zu Gast, warb dort um Vertrauen. Denn bei denen, die tagtäglich in Heimen und Krankenhäusern ihren Dienst am Menschen tun, ist die Stimmung gerade auf dem Nullpunkt. „Viele Pflegekräfte glauben uns nicht mehr, dass wir ihre Probleme überhaupt kennen, und dass wir sie lösen wollen“, räumte Spahn gestern gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) ein.

Der Gesetzentwurf, mit dem der CDU-Politiker die Wende schaffen will, hat 98 Seiten und trägt den sperrigen Titel „Pflegepersonal-Stärkungsgesetz“. Das Papier ist mittlerweile zwischen Ressorts der Bundesregierung abgestimmt, wurde den Verbänden zur Stellungnahme zugeschickt. Anfang August soll das Kabinett grünes Licht geben. Zu Jahresbeginn 2019 würde das Gesetz - die Zustimmung des Bundestages vorausgesetzt - in Kraft treten.

Spahn will damit den Durchbruch für mehr Personal in Deutschlands Krankenhäusern schaffen. „Die Krankenhäuser bekommen die Chance, ihre Personalprobleme zu lösen“, sagt er. „Wir finanzieren so viele neue Stellen in der Pflege, wie die Kliniken besetzen können. ‚Kein Geld‘ zählt als Ausrede nicht mehr.“ Sowohl in Heimen als auch in Krankenhäusern wolle man die Personalprobleme angehen: „In den Heimen finanzieren wir 13 000, in den Kliniken sogar jede zusätzliche Stelle.“

Laut Entwurf, der dem RND vorliegt, sollen Tarifsteigerungen für Pflegepersonal in Deutschlands Krankenhäusern künftig voll von den Krankenkassen übernommen werden - ebenso wie jede zusätzliche neu geschaffene Stelle in der Pflege. „Die zusätzlichen Mittel sind zweckgebunden für Pflegestellen am Bett und zwar sowohl für zusätzliche Pflegestellen als auch für die Aufstockung vorhandener Teilzeitstellen zu verwenden“, heißt es in der Vorlage.

Darüber hinaus ist vorgesehen, dass die Pflegepersonalkosten

in Krankenhäusern künftig nicht mehr wie bisher über die sogenannten Fallpauschalen abgerechnet werden. Dafür sollen ab 2020 vor Ort Pflegebudgets „auf Basis der von den Krankenhäusern geplanten und nachgewiesenen Personalausstattung und der krankenhausespezifischen Kosten“ vereinbart werden. Zudem will Spahn Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Pflegeberuf fördern - bis 2024 mit bis zu 100 Millionen Euro pro Jahr. Ein weiterer Punkt: Wer sich für eine Pflegeausbildung entscheidet, soll dafür zumindest im ersten Jahr nicht mehr zahlen müssen.

Das Gesundheitsministerium rechnet als Folge des Gesetzes mit Mehrausgaben für die gesetzlichen Krankenkassen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro im kommenden Jahr. 2020 wären es 1,5 Milliarden Euro, 2021 und in den Jahren danach jeweils 1,7 Milliarden Euro. Die zusätzlichen Aufwendungen für die Pflegekassen belaufen sich 2019 auf rund 250 Millionen Euro, 270 Millionen Euro im Jahr 2020 sowie 260 Millionen Euro jährlich ab 2021.

Energisch verteidigt Spahn die Pläne für 13 000 zusätzliche Stellen in Altenpflegeheimen, die zuletzt als unzureichend kritisiert worden waren. Bei bis zu 40 Bewohnern ist künftig eine halbe Stelle zusätzlich vorgesehen, in Häusern mit 41 bis 80 Bewohnern eine ganze. Größere Einrichtungen mit bis zu 120 Bewohnern sollen anderthalb Stellen mehr finanziert bekommen, oberhalb dieser Grenze sind es zwei zusätzliche Stellen. „Das Pflegesofortprogramm ist ein erster Schritt“, so Spahn. „Jetzt geht es darum, genug Bewerber zu finden. Dafür starte ich kommende Woche zusammen mit meinen Kabinettskollegen Giffey und Heil die konzertierte Aktion Pflege.“

Auch wenn es in der Pflege inzwischen immer neue Ausbildungsrekorde gibt: Der Personalbedarf ist erheblich. Die Gewerkschaft Verdi beziffert ihn auf 80 000 Pflegekräfte, die bundesweit allein in den Krankenhäusern fehlen würden.

Abbildung: Will die Situation in der Pflege verbessern: Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU).

Fotograf: Foto: dpa